

Liebe Leserinnen und Leser,

Bund und Länder haben sich auf einen harten Lockdown verständigt, in Bayern hat das Kabinett die entsprechenden Beschlüsse auf den Weg gebracht. Gerade zur Weihnachtszeit bedeutet das für viele von uns noch mehr Entbehrungen - und damit Frustration, was ich voll und ganz nachvollziehen kann. Allerdings können wir nur gemeinsam die Trendwende schaffen - und die Infektionszahlen wieder senken.

Lasst uns, auch wenn die Umstände schwierig sind, noch mehr zusammenrücken - in diesen Zeiten mehr metaphorisch - und weiterhin aufeinander Acht geben. Denn unsere Gesundheit ist das größte Geschenk!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Liebsten gesegnete Weihnachten, besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund!

Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

Rückblick EU-Gipfel vom 10. und 11.12.

Dank Angela Merkels langjähriger Erfahrung wurde das Schlimmste verhindert. Am Ende haben Ungarn und Polen eingelenkt und ihr Veto aufgegeben, sodass der EU-Mehrjahreshaushalt und das Wiederaufbauprogramm wie geplant in Kraft treten können. Das ist ein großer Erfolg für Europa.

Das Veto Ungarns und Polens gegen das EU-Haushaltspaket war insbesondere gegenüber Südeuropa unverantwortlich und auch inhaltlich ungerechtfertigt. Der nun kommende Konditionalitätsmechanismus ist das richtige Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug und Korruption zu schützen.

Der Europäische Rat hat zudem das EU-Klimaziel von minus 55% Emission bis 2030 beschlossen. Damit befinden sich die Mitgliedstaaten genau auf der Linie, für die CDU und CSU im Europaparlament eingetreten sind.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

CDU/CSU-Europagruppe: Statement Caspary (CDU) und Niebler (CSU) zu Beschlüssen EU-Gipfel

Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats erklären Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament und Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Die Einigung des Europäischen Rates zum EU-Mehrjahreshaushalt und EU-Wiederaufbauprogramm ist ein Erfolg für Angela Merkel und die von ihr angeführte deutsche Ratspräsidentschaft. Der langjährigen Erfahrung und dem Verhandlungsgeschick der Kanzlerin ist es zu verdanken, dass Ungarn und Polen ihr Veto aufgegeben haben. Europa hat gezeigt, dass es in der schwersten Krise zusammensteht und Lösungen findet, wenn alle zum Kompromiss bereit sind. Diese Einigung ist am Vorabend der finalen Verhandlungen für einen geregelten Brexit das richtige Signal.

Die Gipfel-Einigung ist auch ein Erfolg für das Europaparlament, das von Beginn an auf den nun auch durch die Staats- und Regierungschefs bestätigten Konditionalitätsmechanismus bestanden hat. Es ist das richtige Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug und Korruption zu schützen. Die Möglichkeit den Mechanismus vor dem EuGH prüfen zu lassen, verzögert zwar den Prozess, schafft aber am Ende des Tages Rechtssicherheit und beendet leidige Debatten, wie wir sie nun lange mit Polen und Ungarn hatten.

Die beschlossene Verschärfung des Klimaziels auf minus 55 Prozent CO₂-Ausstoß bis 2030 liegt exakt auf der Linie, für die CDU und CSU im Europaparlament eingetreten sind. Wir werden auch weiterhin für ambitionierte, aber realistische Zielsetzungen eintreten. Wir begrüßen auch den Beschluss zu neuen Sanktionen gegenüber der Türkei. Das Vorgehen Ankaras im Mittelmeer ist unverantwortlich.“

Brexit und Landwirtschaft: No-Deal auf beiden Seiten vermeiden!

Europäische und britische Bauern wollen einen ungeordneten No-Deal Brexit vermeiden. Auch mit Abkommen werden die Auswirkungen groß sein. Die EU muss bereit sein, für die betroffenen Landwirte entsprechende Soforthilfen auf den Weg zu bringen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

KMU-Strategie

Im März 2020 hat die EU-Kommission ihre KMU-Strategie vorgelegt. Das Parlament reagiert auf diese Strategie insbesondere im Hinblick auf die Pandemie und fordert Entlastungen für kleine und mittelständische Unternehmen.

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und müssen endlich in den Mittelpunkt unserer Politik rücken. Wir brauchen in Europa echte Entlastungen und Unterstützung für KMU. Dazu gehört in erster Linie der Abbau von Bürokratie. Die Kommission muss so schnell wie möglich, spätestens aber bis Juni 2021, ein ehrgeiziges verbindliches Ziel zur Verringerung des Verwaltungsaufwands vorgelegen. Wir brauchen auch endlich einen KMU-Test in den Folgenabschätzungen für neue EU-Gesetze. Dieser Test soll die Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen auf KMU bewerten. Auch hier ist das Ziel, unnötigen administrativen oder regulatorischen Aufwand für KMU zu vermeiden.

Auf unser Drängen hin soll die EU-Kommission zudem eine separate Definition für mittelgroße Unternehmen prüfen. Das ist wichtig für die vielen mittelständischen Unternehmen, die mehr als 249 Mitarbeiter haben und damit knapp aus der Definition für KMU und den damit einhergehenden vereinfachten Regeln und Bürokratieentlastungen rausfallen. Gerade zur Erholung nach der Pandemie brauchen wir Maßnahmen, die KMUs deutlich stärken.

Überarbeitung Trinkwasser-Richtlinie

Wasser ist unser Lebenselixier. 20 Jahre nach Inkrafttreten der ersten Trinkwasserrichtlinie war es an der Zeit, die Grenzwerte für bestimmte Schadstoffe zu aktualisieren und zu verschärfen. Für uns ist wichtig, dass die neue Richtlinie unser Trinkwasser noch sicherer macht und neu-aufkommende Schadstoffe berücksichtigt. Es ist deshalb gut, dass neue Regeln für Mikroplastik sowie strengere Grenzwerte für Blei und endokrine Disruptoren wie Bisphenol A festgelegt worden sind. Letztere können eine echte Bedrohung für die menschliche Gesundheit darstellen.

Einige übertriebenen Anforderungen, die eine linke Mehrheit im Europaparlament ursprünglich beschlossen hatte, konnten in den Verhandlungen mit Rat und EU-Kommission aber vermieden werden. Gerade für kleine Wasserwerke ist es wichtig, dass der Messaufwand nicht zu groß wird. Mit den vereinbarten Regeln machen wir auch einen wichtigen Schritt, um auf die erste erfolgreiche Bürgerinitiative über den Zugang zu Wasser zu reagieren. An vielen öffentlichen Stellen soll es bald Trinkwasserbrunnen geben. Restaurants müssen hingegen kein Leitungswasser umsonst oder für einen geringen Preis

abgeben. Wir konnten erfolgreich verhindern, dass die EU dies den Restaurantbesitzern vorschreibt.

Die Trilog-Einigung zu dem Dossier kam bereits Ende vergangenes Jahr zustande. Damit werden die Qualitätsstandards für Trinkwasser überarbeitet. Die EU-Chemikalienagentur (ECHA) soll zudem Sicherheitsstandards für Rohre und Hähne überwachen. Mit dem Plenarvotum haben die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit zur Umsetzung der neuen Regeln.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Hier geht's zum [Instagram-Post](#)

Sacharow-Preis

Meinungsfreiheit, Demokratie und das Recht auf freie Wahlen geraten global immer mehr in Bedrängnis. Dass der diesjährige Sacharow-Preis an unseren Kandidaten, die belarussische Opposition, vertreten durch den Koordinierungsrat, geht, ist das richtige Signal zur richtigen Zeit. Wir bewundern die belarussischen Bürgerinnen und Bürger für ihren friedlichen, aber entschlossenen Aufstand gegen den Wahlbetrug des alten Regimes. Durch die Auszeichnung mit dem Sacharow-Preis zeigen wir dem belarussischen Volk, dass Europa an seiner Seite steht.

Der Präsident des Europaparlaments wählt gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden den Preisträger aus einer Kandidatenliste aus. Nominiert waren neben der belarussischen Opposition die Guapinol-Aktivistin und Berta Cáceres in Honduras sowie der Erzbischof von Mosul, Irak, Najeeb Mikhael. Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament verliehen. Er wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen. Er ist zu Ehren des sowjetischen Physikers und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt und mit 50 000 Euro dotiert.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

CDU/CSU-Europagruppe: Statement Ehler (CDU) zur Trilog-Einigung Horizon Europe

In der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember haben sich die Unterhändler von Europaparlament und Mitgliedstaaten im Trilog auf das neue EU-Forschungsrahmenprogramm "Horizon Europe" geeinigt. Dazu erklärt Christian Ehler (CDU), forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments:

„Nach langen Verhandlungen haben wir ein ambitioniertes und ausbalanciertes Programm sowohl für die Grundlagenforschung als auch die thematische Forschung erreichen können.

Eine zusätzliche Milliarde Euro wird dem Europäischen Forschungsrat zur Verfügung gestellt. Nie zuvor gab es einen größeren EU-Forschungshaushalt für digitale Themen. Erstmals gibt es ein spezifisches Forschungsbudget für die Kultur- und Kreativindustrie.

Mit dieser Einigung stärkt die EU die akademische Freiheit und die Innovationsfähigkeit Europas. Es besteht kein Zweifel, dass damit dem Bedarf der Europäischen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Rechnung getragen wird. Horizon Europe wird ultimativ dazu beitragen, unseren Lebensstandard in Europa zu erhöhen.

Diese Einigung ist ein Erfolg für das Europaparlament: Nur weil wir bereits im April 2019 auf eine Teileinigung mit den Mitgliedsstaaten bestanden hatten, konnten wir das Programm nun fertigstellen. Damit kann Horizon Europe ohne Verzögerung zum 1. Januar 2021 starten.“

CDU/CSU-Europagruppe: Statement Verheyen (CDU) zur Trilog-Einigung Erasmus+

Zur Trilog-Einigung zwischen Europaparlament und Ratspräsidentschaft zur Gestaltung des Erasmus+-Programms in den kommenden sieben Jahren erklärt Sabine Verheyen (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europaparlament:

„Erasmus+ ist eine EU-Erfolgsgeschichte, die wir hiermit fortschreiben. 2,2 Milliarden Euro zusätzlich konnte das Europaparlament in den Verhandlungen zum nächsten EU-Mehrjahreshaushalt durchsetzen. Zudem haben wir den Zugang zu Erasmus+ für diejenigen verbessert, die bisher schlechte bis keine Teilnahmemöglichkeiten hatten. Erasmus+ ist schon lange weit mehr als nur der europäische Austausch von Studierenden, Auszubildenden und Jugendlichen.

Auf Initiative des Europaparlaments gibt es zukünftig bessere Möglichkeiten für erwachsene Lernende sowie ein spezifisches Kapitel zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen, samt zusätzlicher Zuschüsse. Zudem werden die drei erfolgreich angelaufenen EU-Pilotprojekte seit 2018 DiscoverEU, die Zentren für berufliche Exzellenz und die Europäischen Universitäten nun angemessen finanziert und verstetigt.“

CDU/CSU-Europagruppe: Statement Düpont (CDU) zur Trilog-Einigung Visa-Informationssystem

Zur Trilog-Einigung zwischen Europaparlament und Mitgliedstaaten zum Visa-Informationssystem (VIS) erklärt Lena Düpont (CDU), innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

„Die heutige Einigung ist ein entscheidender Schritt für mehr Grenzsicherheit in Europa. Das Visa-Informationssystem für den Schengen-Raum wird entscheidend gestärkt und erweitert. Wir schließen Lücken, die zuvor in unseren Informationssystemen und deren Zusammenspiel bestanden.

Die europäischen Grenzschutzbeamten haben zukünftig Zugang zu allen notwendigen Informationen, wie Kurzzeit- und Langzeitvisa, bereits erfassten Reisedokumenten und Fingerabdrücken, unter Beachtung der EU-Datenschutzstandards. Ob Grenzkontrolle, Strafverfolgung oder Asylverfahren - je nach Nutzungszweck gelten unterschiedliche Speicherfristen. Auf Initiative der EVP werden erstmalig auch sogenannte goldene Visa mit abgedeckt.

Mit dem modernisierten VIS wird Europa sicherer. Ich gratuliere unserem Verhandlungsteam. Dies ist auch ein Erfolg für die deutsche Ratspräsidentschaft.“

Das Visa-Informationssystem (VIS) ist eine EU-Datenbank, die die Grenzschutzbeamten an den Außengrenzen der EU mit den Konsulaten der Mitgliedstaaten in der ganzen Welt verbindet. Sie liefert den Visumbehörden die wichtigsten Informationen über Personen, die Schengen-Visa für Kurzaufenthalte beantragen, und ermöglicht es Grenzschutzbeamten, Reisende zu erkennen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen können.

CDU/CSU-Europagruppe: Statement Doleschal (CSU) zu Corona-Aufbaupaket für EU-Strukturpolitik (REACT-EU)

Das Europaparlament über die vorläufige Einigung zu REACT-EU, dem Corona-Aufbaupaket für die EU-Strukturpolitik, abgestimmt. Hierzu erklärt der regionalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe, Christian Doleschal (CSU):

„Ich freue mich, dass die von mir eingebrachten Änderungsvorschläge in den Bericht aufgenommen und Grenzregionen in den Fokus gerückt wurden. Europa wächst an seinen Grenzen zusammen. Gerade unsere Grenzregion zu Tschechien hat unter den Grenzsicherungen besonders gelitten. Für viele Betriebe und Beschäftigte kamen die Grenzsicherungen einem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen gleich, sie haben diesen Regionen schweren wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Dass die Mittel den durch die Covid-19-Pandemie am stärksten betroffenen Regionen und Menschen zugutekommen werden, ist ein gutes Signal. Die Gelder sollen neben der Finanzierung grenzüberschreitender Gesundheitsdienste auch zur Modernisierung des Arbeitsmarktes in ländlichen Grenzregionen verwendet werden.“

CDU/CSU-Europagruppe: Statement Liese (CDU) zur Notfallzulassung Corona-Impfstoff in Großbritannien

Zur Notfallzulassung des Corona-Impfstoffes von BioNTech und Pfizer in Großbritannien erklärt Dr. Peter Liese (CDU), gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Ich halte diese Entscheidung für problematisch und empfehle den EU-Mitgliedstaaten, diesem Beispiel nicht zu folgen. Einige Wochen gründliche Prüfung durch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) sind besser als eine überhastete Notfallzulassung.

Diese zügigere Zulassung hat nichts mit dem Brexit zu tun. Alle EU-Mitgliedstaaten haben nach den europäischen Regeln, an die Großbritannien auch noch bis Ende des Jahres gebunden ist, die Möglichkeit, in bestimmten Fällen national eine Notfallzulassung zu erteilen. Deutschland und andere Länder machen nicht von der Notfallzulassung Gebrauch, weil sie glauben, dass eine sorgfältige Prüfung durch die Europäische Arzneimittelagentur besser als eine überhastete Zulassung ist.

Die bislang über den Impfstoff vorliegenden Informationen beruhen vor allem auf Pressemitteilungen, und viele Daten liegen den Behörden erst seit ein paar Stunden vor. Bei einer Impfkampagne so großen Umfangs muss man aber genau hinsehen und die Informationen der Unternehmen sorgfältig prüfen. Ich habe Vertrauen in die beteiligten Unternehmen, aber man sagt zu Recht „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Die Notfallzulassung ist ein Instrument, das normalerweise für Patienten gedacht ist, die an einer schweren und unheilbaren Erkrankung leiden und bei denen es kein anderes Mittel gibt, das Leben oder die körperliche Unversehrtheit zu retten. Dies ist bei Corona nicht der Fall.

Wenn die Europäische Arzneimittelagentur im Laufe dieses Monats zu dem Schluss kommt, dass die Impfung sicher ist, empfehle ich jedem die Impfung. Bis dies erfolgt ist, sollte man vorsichtig sein.“

CDU/CSU-Europagruppe: Statement Schwab/Voss zu Digital Services Act & Digital Markets Act

Andreas Schwab (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Wir müssen sicherstellen, dass die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft auch im digitalen Zeitalter Geltung behalten. Die größten Plattformen sind in den letzten Jahren immer größer geworden, ohne dabei auch besser zu werden. Ein fairer Wettbewerb bedeutet, dass neue Unternehmen in den Markt kommen können, und dass Verbraucher eine Vielfalt im Angebot zur Verfügung steht. Beides werden wir mit dem Digital Markets Act sicherstellen. Es ist auch höchste Zeit, dass wir Online-Plattformen mehr in die Pflicht nehmen. Der Digital Services Act bietet die Chance, den Online-Handel in Europa endlich fair zu regulieren. Gerade in der momentanen Situation wird vermehrt online eingekauft. Es ist inakzeptabel, dass das Spielzeuggeschäft um die Ecke härtere Regeln einzuhalten hat, als die großen E-Commerce-Plattformen. Wir brauchen klare und faire Regeln für alle, offline sowie online.“

Axel Voss (CDU), rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Die neuen Regeln müssen dazu beitragen, die Verbreitung illegaler Inhalte und Hass im Netz zu stoppen. Wir wollen EU-weit klare Standards dafür, wie Social-Media-Netzwerke wie Facebook oder Twitter mit illegalen Inhalten auf ihren Plattformen umgehen sollen. Dies muss auch für koordinierte Desinformationskampagnen in sozialen Medien gelten, die unsere Demokratie bedrohen. Nutzerinnen und Nutzer müssen im Internet hingegen gestärkt werden. Wir fordern deshalb von den Plattformen die Einrichtung wirksamer und rascher Gegendarstellungs- sowie Beschwerdeverfahren. Die neuen Regeln müssen Rechtsklarheit für alle Beteiligten schaffen. Es ist klar, dass größere Plattformen einer stärkeren Kontrolle unterworfen werden müssen als kleine und mittlere Unternehmen und Startups.“

Mein Mittelfranken

Im Dialog mit unserem Mittelstand: Gemeinsames Gespräch mit MdL Dünkel bei Création Gross in Hersbruck

Im Angesicht der sich in den letzten Wochen massiv zuspitzenden Corona-Pandemie haben ich und Landtagsabgeordneter Norbert Dünkel erneut das Gespräch mit Geschäftsführer Peter Gross des Modeherstellers Création Gross in Hersbruck gesucht. Zentrales Thema war die weiterhin fragile Situation, die zu dem neuerlichen Lockdown kurz vor Weihnachten und einem damit weitgehenden Stillstand des öffentlichen Lebens geführt hat.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

Herzensangelegenheiten

Internationaler Tag der Menschenrechte: Grundfeste unserer Demokratie

Jedes Jahr am 10. Dezember findet der Internationale Tag der Menschenrechte statt. Der erste Artikel der Menschenrechtserklärung legt fest, dass alle Menschen frei und gleich an Würde geboren sind. Heute, über 70 Jahre nach ihrer Unterzeichnung, sind wir leider immer noch in vielen Teilen der Erde weit davon entfernt. Viele Menschen leben nach wie vor in Unfreiheit, Krieg, Armut und ohne Bildung. Wir müssen uns deshalb auch auf europäischer Ebene weiter dafür einsetzen, dass sich das ändert - besonders beim Thema Bildung. Sie ist der Schlüssel zu mehr Frieden und Wohlstand auf unserer Erde.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Entwicklungshilfe: Mehr Geld ist kein Selbstzweck!

Zum ersten Mal nahm der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), QU Dongyu, an einer Sitzung des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments teil. Seine Botschaft an uns: Wir brauchen eine global koordinierte und kohärente Strategie, um zu verhindern, dass die Corona-Krise eine Nahrungsmittelkrise auslöst. Denn bereits vor der Pandemie war die Situation schon kritisch: Weltweit waren 2019 fast 690 Millionen Menschen unterernährt.

Die Themen Lebensmittel und Ernährung müssen also nach wie vor ganz oben auf unserer politischen Agenda stehen. Aber auch Partnerschaften zwischen der FAO, der Europäischen Union und Parlamentariern aus der ganzen Welt seien von großer Bedeutung.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

Weltbodentag 2020: „Der wichtigste Produktionsfaktor der Land- und Forstwirtschaft“

Jedes Jahr am 5. Dezember findet der Weltbodentag statt. Unser täglich Brot und ein reichhaltiges Angebot an gesunden Lebensmitteln sind für uns Verbraucher selbstverständlich. Garant dafür sind intakte Böden. Mehr als die Hälfte der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt, sei es für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln oder sogenannter Energiepflanzen. Der Boden ist damit der wichtigste Produktionsfaktor der Land- und Forstwirtschaft - ohne fruchtbare Böden keine Nahrungsmittel!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Wolfsmanagement: Bundesumweltministerin Schulze scheinbar unberührt

Zusammen mit meinen deutschen EVP-Abgeordneten des Landwirtschaftsausschusses im Europäischen Parlament bin ich erstaunt über die mangelnde Kooperationsbereitschaft von Seiten der Ministerin bei der Frage des Wolfsmanagements. Diese Haltung lässt die Lebenssituation der Bürger und Bürgerinnen völlig außer Acht. Ziel muss eine langfristig realistische und friedliche Koexistenz von Mensch und Tier sein. Dies erfordert auch ein entschiedenes Tätigwerden auf Bundesebene!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Gemeinsame Agrarpolitik: Einigung zur Übergangsverordnung

Die Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission, dem Rat der EU sowie dem Europäischen Parlament zur Übergangsverordnung bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wurden Ende November abgeschlossen. Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat am 1. Dezember über den ausgehandelten Kompromisstext abgestimmt und diesen angenommen.

Verantwortungsvolles Handeln in dieser außergewöhnlichen Zeit ist enorm wichtig. Wir begrüßen daher die erzielte Einigung. Damit haben unsere europäischen und deutschen Landwirte Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre. Die Regeln der aktuellen GAP gelten weiterhin. Zudem fördern wir Umweltmaßnahmen und die Digitalisierung der Landwirtschaft und stützen unsere Landwirtinnen und Landwirte in der fortdauernden Corona-Krise mit schnellem Geld aus dem Wiederaufbaufonds.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Meiner Rede auf Instagram finden Sie [hier](#)

Agrotourismus: „Kein anderes Tourismus-Segment ist so nachhaltig wie der Urlaub auf dem Bauernhof“

Am 1. Dezember hat der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments über den Bericht zum nachhaltigen Tourismus abgestimmt. Der Agrotourismus leistet einen bedeutenden Beitrag zur ländlichen Wirtschaft und stellt für viele unserer Bäuerinnen und Bauern eine wichtige zusätzliche Einkommensquelle dar. Dabei ist kein anderes Tourismus-Segment so nachhaltig wie der Urlaub auf dem Bauernhof: Hier kann man die Stille, die Natur und die Kultur entdecken, aber auch die landwirtschaftlichen Erzeugungsprozesse hautnah und aus erster Hand erleben. Gerade mit Nachhaltigkeit im Sinne des europäischen Green Deals kann dieser Urlaubszweig wie kein anderer punkten!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Lesenswert

RTL/ntv-Trendbarometer vom 12. Dezember: Vor allem Arbeiter, Hauptschüler und Geringverdiener wollen nicht wählen

Die politische Stimmung in Deutschland bleibt auch in der verschärften Corona-Krise stabil. Im RTL/ntv-Trendbarometer gibt es nur minimale Veränderungen gegenüber der Vorwoche: Die CDU/CSU gewinnt einen Prozentpunkt, die FDP verliert einen Prozentpunkt. Die Werte aller anderen Parteien bleiben unverändert. Die Union bleibt mit Abstand die stärkste Kraft im Land. 40 Prozent der Bundesbürger sind auch in der fortschreitenden Pandemie überzeugt, dass die Unionsparteien am ehesten mit den Problemen in Deutschland fertig werden können. Von SPD und Grünen denken das jeweils 5 Prozent. Entsprechend würden derzeit 37 Prozent die CDU/CSU wählen. Die Grünen liegen als zweitstärkste Kraft 17, die SPD 22 Prozentpunkte dahinter. Der FDP, die bei der Bundestagswahl 2017 noch fast zwei Prozentpunkte besser abschnitt als die Grünen, würden momentan 5 Prozent der Wähler ihre Stimme geben. Im RTL/ntv-Trendbarometer entspricht der Anteil derjenigen, die derzeit nicht wählen wollen oder sich unschlüssig sind, ob sie zur Wahl gehen würden, ungefähr dem Anteil der Nichtwähler bei der letzten Bundestagswahl. Wer sind diese Wahlverweigerer? forsa hat für die Analyse die Daten von über 23.000 im Herbst 2020 befragten Wahlberechtigten ausgewertet. 26 Prozent der Ostdeutschen und 22 Prozent der Westdeutschen wollen nicht wählen oder sind unentschlossen. Ihre größte Stärke hat die „Nichtwähler-Partei“ in den unteren Bildungs- Einkommens- und Berufsschichten. Jeweils 31 Prozent der Arbeiter und der Hauptschul-Absolventen sowie 29 Prozent der Geringverdiener (Haushaltsnetto-Einkommen unter 1.000 Euro) wollen momentan nicht wählen. Bei den oberen sozialen Schichten ist der Anteil der Verweigerer niedriger: 18 Prozent der Befragten mit Abitur oder Studium, 17 Prozent der Beamten, 21 Prozent der Selbständigen und 15 Prozent der „Besserverdiener“ (Haushaltsnetto-Einkommen über 4.000 Euro) wollen nicht wählen oder sind unentschlossen, ob sie zur Wahl gehen würden. Zur „Nichtwähler-Partei“ zählen auch Wähler, die sich 2017 noch an der Bundestagswahl beteiligt haben und jetzt nicht zur Wahl gehen würden. Deren Anteil ist bei den AfD-Wählern am höchsten (18%), bei den Grünen am niedrigsten (8%). Mehr als drei Jahre nach der letzten Bundestagswahl zeigen die Daten des RTL/ntv-Trendbarometers, dass sich sehr viel mehr Deutsche nicht an der Wahl beteiligen wollen als AfD zu wählen. 23 von 100 Wahlberechtigten wollen derzeit nicht wählen, 6 von 100 wollen der AfD ihre Stimme geben. 12 Prozent der ostdeutschen und 5 Prozent der westdeutschen Wahlberechtigten wollen die „Alternative für Deutschland“ wählen. 8

Prozent der Bürger mit Hauptschul- oder Realschulabschluss und 4 Prozent der Bürger mit Abitur sind AfD-Anhänger. 14 Prozent der Arbeiter würden momentan AfD wählen, aber nur 7 Prozent der Angestellten, 4 Prozent der Beamten, 5 Prozent der Rentner und 1 Prozent der Schüler und Studenten. Höchstens 1 Prozent derer, die 2017 Union, SPD, Grüne, FDP oder Linke gewählt haben, wollen derzeit zur AfD wechseln. Die Hälfte der AfD-Wähler (51%) würde bei ihrer Wahlentscheidung bleiben.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)

ZDF: Wann kommt die Impfstoff-Zulassung?

In Großbritannien wird schon geimpft - und zwar ein in Deutschland entwickelter Impfstoff. Warum dauert es so lange, bis auch in Deutschland geimpft werden kann? Eine fundierte Antwort gibt das ZDF - unbedingt ansehen!

Den vollständigen Artikel sowie einen Videobeitrag finden Sie [hier](#)

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Nina Bezold

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.